



Rat für Alleinerziehende: Überprüfung ihrer Steuerklasse

Alle Alleinerziehenden sollten ihre Steuerklasse überprüfen. Alleinerziehende, die zum 1. Januar 2004 von der Steuerklasse 2 in die erheblich ungünstigere Steuerklasse 1 eingestuft wurden, können seit Ende August wieder Steuerklasse 2 beantragen.

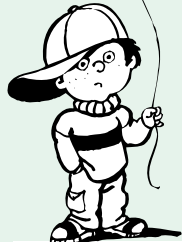
Durch eine rückwirkende Gesetzesänderung (die stillschweigend im Sommerloch verabschiedet wurde) wurden die Voraussetzungen für die Gewährung des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende in Höhe von 1.308 € gelockert. Wesentliche Voraussetzung für die Gewährung der Steuerklasse 2 ist jetzt, dass der Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin alleinstehend ist und zu einem Haushalt mindestens ein Kind gehört, für das er/sie Kindergeld erhält. Arbeitnehmer/innen, die in einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, können die Steuerklasse 2 dagegen nicht erhalten.

Die Gemeinde darf einem/einer alleinerziehenden Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin bei der Ausstellung der Lohnsteuerkarte für das Jahr

2005 nur dann die Steuerklasse 2 bescheinigen, wenn dieser/diese rechtzeitig vor dem 20. September versichert hatte, dass er/sie die Voraussetzungen für die Gewährung des Entlastungsbeitrages erfüllt. Wenn jemand diese Frist versäumt hat und damit die Steuerklasse 1 auf seiner Lohnsteuerkarte bescheinigt bekommen hat, kann die Steuerklasse auch noch nachträglich geändert werden.

Die Gemeinde ist für die Eintragung der Steuerklasse 2 zuständig, wenn der/die Alleinerziehende mindestens ein minderjähriges Kind hat. Bei Alleinerziehenden, deren Kind zu Beginn des Kalenderjahres das 18. Lebensjahr bereits vollendet hat, wird die Steuerklasse 2 hingegen nur auf Antrag vom Finanzamt eingetragen. G.Z.

Impressum



Herausgeber und Verlag:
Familienbund der
Katholiken,
Diözesanverband Freiburg,
Okenstraße 15,
79108 Freiburg

Tel. 07 61 / 51 44-204
Fax 07 61 / 51 44-76 204
familienbund@
seelsorgeamt-freiburg.de

Redaktion:
Georg Zimmermann (G.Z.)

ISSN 0945-2338

Grafik, DTP:
Atelier Eschbach,
Ettenheim

Druck:
Druckerei Stückle,
Ettenheim

Aktion „Widerspruch“ Eltern können selbst etwas tun

Die „Widerspruch-Aktion“ des Familienbundes und anderer katholischer Verbände für mehr Familiengerechtigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung läuft gut und läuft weiter.

Bisher haben sich viele tausend Familien daran beteiligt. Neuer Wind kam ab Ende August d. J. in die Sache, seit das Internet-Kaufhaus jako-o die Aktion auch in seinem aktuellen Katalog und auf seiner Homepage mit bewirbt.

Die „Aktion Widerspruch“ fordert Eltern auf, für mehr Familiengerechtigkeit in der Rente Einspruch bei ihrer Krankenkasse einzulegen. Die Krankenkassen waren durch das Bundessozialgericht im Herbst vergangenen Jahres (irrwitzigerweise) verpflichtet worden, das Verfahren annehmen zu müssen, obwohl natürlich die Rentenversicherung letztlich inhaltlich zuständig ist.

Eltern können selbst etwas tun:

Es geht darum, den unhaltbaren Zustand zu ändern, dass Eltern Kinder erziehen und gleichzeitig Beiträge zahlen, damit laut Rechtsprechung einen doppelten Beitrag leisten, am Ende

jedoch weniger herausbekommen als Personen, die keine Kinder erziehen. Mit dieser Aktion begehnen Eltern ein Stück den Rechtsweg, bis sie einen Widerspruchsbescheid ihrer Krankenkasse haben. Danach können sie, wie viele andere Familien, ihr Verfahren mit Hinweis auf laufende Musterverfahren ruhen lassen.

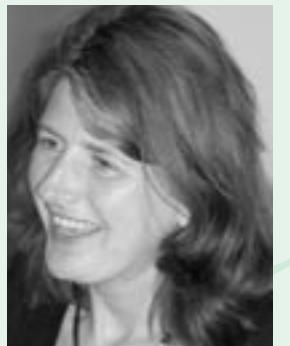


In einem Flyer sind alle wichtigen Informationen, konkrete Musterbriefe und Hintergründe zusammengestellt. Er kann angefordert werden beim:

Familienbund der Katholiken
im Erzbistum Freiburg
Okenstr. 15, 79108 Freiburg
Telefon (0761) 5144-204.
eMail: familienbund@
seelsorgeamt-freiburg.de

Internet: www.familienbund-freiburg.de,
hier können alle Informationen nachgelesen
und die Musterbriefe heruntergeladen werden.
G.Z.

„Schmeißt die Rama aus dem Haus...“ Plädoyer für eine ehrliche Mit-Teilungs- Kultur vom Leben mit und ohne Kindern



Cornelia Petzold-Schick
Stellv. Diözesanvorsitzende
des Familienbundes
Freiburg

Die Studie „Einflussfaktoren auf die Geburtenrate“ wurde Anfang Oktober vom Institut für Demoskopie Allensbach (s. a. Seite 6/7 in diesem Forum) vorgestellt. Diese Studie sowie aktuelle Daten des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg bewegen mich, einen ganz speziellen Aspekt zu beleuchten, der in den meisten familienpolitischen Diskussionen unerwähnt bleibt.

Ein Vorteil hat mein Plädoyer: Es führt zu keinen Finanzforderungen.

Ein Nachteil hat mein Plädoyer: Es geht uns alle an.

These 1:

Wandel in den Lebensformen der erwachsenen Bevölkerung führt zu einem vermehrten aktiven Mitteilungsbedarf der jeweiligen Lebenswelten

Die zunehmende Pluralisierung der Lebensformen der Erwachsenen führt zu einem nicht mehr selbstverständlichen Anteilnehmen am Leben engster Freunde, Nachbarn, Kollegen, Verwandten. Eine neue Mit-Teilungs-Kultur ist gefordert.

These 2:

Kinder sind der entscheidende Schlüssel in einer neuen Mit-Teilungs-Kultur

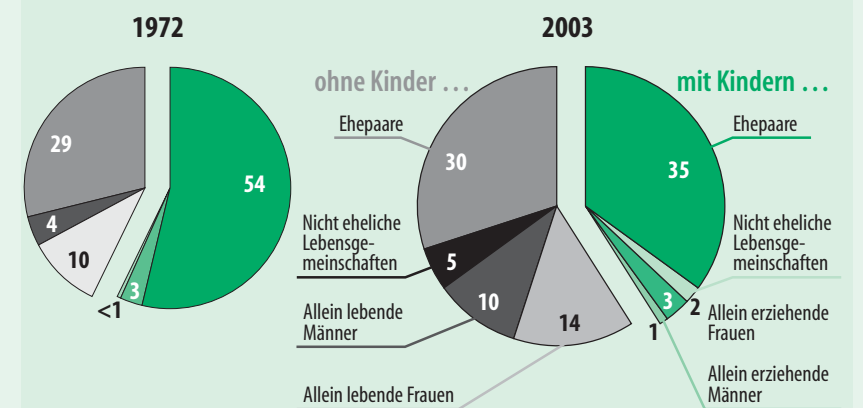
Aus der Statistik: 22% aller Frauen bleiben kinderlos, 22% haben ein Kind, 39% haben zwei Kinder und 17% haben drei oder mehr Kinder. Noch vor 30 Jahren hatten knapp ein Drittel der Frauen drei oder mehr Kinder, 28% zwei Kinder, 20% ein Kind und 20% blieben kinderlos.

Die Kinderlosigkeit ist insgesamt nur leicht angestiegen (seit 1972 von 20% auf 22%). Dramatisch verlagert hat sich jedoch die Kinderlosigkeit bei hochqualifizierten Frauen, denn 27% der Akademikerinnen sind kinderlos.

Ein hoher Prozentanteil von Erwachsenen ist somit vom alltäglichen Zusammenleben mit Kindern ausgeschlossen.

Diese Alltagsabwesenheit vom Leben mit Kindern kann zur Entfremdung von Kindern

Lebensformen der erwachsenen Bevölkerung Anteile in %



führen. Die Allensbachstudie hat bei der Befragung Kinderloser eine bemerkenswerte Unterscheidung festgestellt.

Auf die Frage „Mir ist meine Freiheit sehr wichtig, dass ich mich nicht zu sehr nach anderen richten muss“ haben dies 31% Kinderlose mit Kinderwunsch bejaht – hingegen Kinderlose ohne Kinderwunsch mit 72% bejaht.

Dies wirft für mich die Frage auf, ob die sogenannten „Kinderlosen ohne Kinderwunsch“ am Leben von Familien mit Kindern teilhaben können. Ohne Teilhabe am Leben mit Kindern kann aber m.E. auch keine echte Entscheidung für oder gegen ein Leben mit Kindern getroffen werden. Kinder sind somit nicht nur die zwingende existenzsichernde Basis der

Die Darstellung spricht für sich. Von den 5,4 Mio erwachsenen Baden-Württembergern des Jahres 1972 lebten 54% in Ehepaargemeinschaften mit Kindern, 29% in Ehen ohne Kinder und nur 3% als allein Erziehende. Heute ist die Ehe zwar nach wie vor das vorherrschende Modell, dennoch haben sich andere konkurrierende Lebens- und Familienformen etabliert. Derzeit leben 7,6 Mio. erwachsene Personen in Baden-Württemberg, davon 35% in Ehen mit Kindern, 30% in Ehen ohne Kinder und 4% als allein Erziehende. Besonders angestiegen ist der Anteil der allein lebenden Menschen und der nicht ehelichen Lebensgemeinschaften.



Zukunft (siehe auch Berücksichtigung des Kinderfaktors in unserem Rentenmodell), sie sind auch die Brücke zwischen den immer weiter auseinander divergierenden Lebenswelten der Erwachsenen.

These 3:

Neue Lebensformübergreifende Begegnungswelten schaffen

Wenn Kinderlose sich nur über die spannenden Weltreisen austauschen wollen oder können – und die Eltern nur noch die Alltagsorgen der Kinder beschäftigt, dann bleibt die (latente) Sprachlosigkeit zwischen den Lebenswelten.

Oft wird diese Lebensweltunterscheidung nicht wahrgenommen. Warum, weil wir uns in dem jeweiligen Lebensraum der entsprechenden Lebensform bewegen. Eltern treffen sich mit Eltern in Kindergärten und Schulen, Singles bleiben bei ihren Wochenendaktivitäten unter Singles. Und am Arbeitsplatz? Keine Zeit, kein vermeintlicher Ort für echte persönliche Begegnung, oder es finden sich auch da oft Gleichgesinnte zu Gleichgesinnten zusammen.

Es wäre wünschenswert, wenn wir achtsam wären für lebensformübergreifende Begegnungswelten. Eine Pfarrgemeinde ist z. B. auch ein wichtiger Begegnungsort für lebensformübergreifende Begegnungswelten.

Achtsamkeit bedeutet auch, dass wir über die relativen Wohlstandspositionen von verschiedenen Lebensformen informiert sind. Nach wie vor führt die Phase der Familiengründung – so das Statistische Landesamt, in der weitreichende Entscheidungen für oder gegen weitere Kinder gefällt werden, zu einem deutlichen Verzicht auf Einkommen.

So führt m.E. das jüngste Vorhaben der Landesregierung „Einkaufen rund um die Uhr“ nicht zu lebensformübergreifenden Begegnungswelten. Während Kinderlosen vielleicht noch vermeintlicher Bedarf unterstellt werden kann – halte ich eine Einkaufsmöglichkeit rund um die Uhr für Familien mit Kindern für fatal.

Welchen Stellenwert sollen Einkaufsmöglichkeiten im Familienalltag haben?

Einkaufen noch mehr auch als familiärer Abendevent? Egal unter welchem Blickwinkel die Verlängerung

von Ladenöffnungszeiten diskutiert wird – sie führt zu weiteren Divergenzen von Lebenswelten im Alltag.

These 4:

Respekt vor der (Wahl)-Freiheitsentscheidung jedes Einzelnen als Basis für eine offene Mit-Teilungskultur

„Die Geburtenrate wird in hohem Maße von gesellschaftlichen Leitbildern und Wertvorstellungen beeinflusst...“ stellt die Allensbachstudie unter der Überschrift Entfremdung von Kindern u. a. fest.

Zunächst mag sich der Blick auf säkulare Werte wie „Leistung, Konsum“ etc. beziehen. Unsere christliche Werteethik wäre nicht in Frage gestellt.

Und doch – wurde nicht gerade im kirchlichen Umfeld „Kinder, Küche, Kirche“ als Wert an sich verstanden? Zugegeben die „3 Ks“ werden von uns zwar heute etwas ironisch belächelt – doch mal ehrlich? Wie tief sitzt dies in uns Frauen? Wie (immer noch selbstverständlich) begreifen es die Männer?

Ich bin überzeugt, dass viele Kinderlose keine Kinder bekommen, weil sie sich dem latenten Vorwurf ausgesetzt sehen, dass sie den 3 Ks nicht gerecht werden.

Genauso verhält es sich mit den Wörtern „Rabenmutter-Rabeneltern“, die negative Auswirkungen werden immer wieder angemahnt, jedoch sind diese Wörter immer noch nicht im nostalgischen Wortschatz abgelegt worden.

Als Gottes Geschöpfe sind wir freie Menschen. Diese „Befreiungsbotschaft“ könnte eine Grundlage für die Entscheidung für ein unverkrampftes Leben mit Kindern sein, mit oder ohne Beruf. Eine Entscheidung, die nicht besser oder schlechter ist – als die Entscheidung für andere Lebensformen.

Familienpolitisch setzen wir uns für die sogenannte „Wahlfreiheit“ ein. Wir legen Wert darauf, dass Eltern sich zwischen allen Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ohne äußeren Druck entscheiden können. Respekt vor dieser Entscheidung ist die Basis für eine offene Mitteilungskultur zwischen den Lebenswelten.

These 5:

Ein ehrliches Marketing für ein Leben mit Kindern bedeutet Kampf gegen die Ramawerbung

Rama – und eine Familienidylle am Frühstückstisch: hübsche freundliche aufgeweckte Kinder, adrette Eltern, sorgloses unkompliziertes Familienleben. So tradiert die Werbung seit Jahrzehnten unsere Familiensehnsucht... und hinterlässt bei entsprechender Reflexion nur Frustration zurück. Welche Väter und Mütter erleben ihren Alltag so? Welche Kinderlosen mit Kinderwunsch wünschen sich nicht diesen vermeintlichen sorglosen Familienalltag?

Anstatt sich kollektiv gegen die vermeintlichen Werbefamilien aufzulehnen, passiert das Gegenteil. Individuell wird sich die Frage gestellt: „Was machen wir nur falsch?“ Diese unnötige Auseinandersetzung mit einer nie vorhandenen vermeintlichen Idylle führt dazu, dass manche Eltern sich nicht weitere Kinder wünschen, andere an ihrer Erziehungs- und Familienkompetenz zweifeln – wieder andere einfach unzufrieden sind mit dem individuellen „Soll-Ist“ Abgleich.



„Schmeißt die Rama aus dem Haus“ – und teilen wir uns unser ehrliches Familienleben mit Verwandten, Freunden, Nachbarn – mit und ohne Kinder!

... was meinen Sie?

Wir freuen uns auf ihre Rückmeldung!

Cornelia Petzold-Schick

Eltern, kämpft für den zukünftigen Wohlstand unserer Kinder und Enkel!

Die Nettoeinkommen sinken, Arbeitslosigkeit und Schulden steigen, die Sozialen Sicherungssysteme werden unfinanzierbar – Was sind die Ursachen?

Die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft ist demographisch bedingt. Der dramatische Geburtenrückgang um 1970 führte ab 1995 zu einem entsprechenden Rückgang der „haushaltsgründenden Jahrgänge“ um 400.000 pro Jahr. Demzufolge werden seit 1995 jährlich etwa 250.000 Wohnungen weniger gebraucht. In den nächsten Jahren wird das Käuferpotential für Wohnimmobilien um 35% abnehmen – die **Immobilienpreise werden einbrechen** mit dramatischen Auswirkungen für Kredit-sicherheiten und Firmeninsolvenzen.

In Deutschland werden seit 1970 im Mittel nur noch 1,4 Kinder pro Frau geboren – gebraucht würden für eine bestandserhaltende Bevölkerungsentwicklung 2,1 Kinder pro Frau. Demzufolge fehlen seit 1970 ein Drittel der Kinder – die nachwachsenden Kinderjahrgänge sind jeweils nur zwei Drittel der 30 Jahre älteren Jahrgänge ihrer Eltern. Die um 1965 geborenen Frauen (und Männer) bleiben bereits zu einem Drittel kinderlos und man muss davon ausgehen, dass der Anteil lebenslang Kinderloser bei den jüngeren Jahrgängen noch weiter zunehmen wird, wenn die **staatliche Prämierung der Kinderlosigkeit** nicht beendet wird.

Die Kinderlosigkeit hat sich in den letzten 33 Jahren immer tiefer in den Altersaufbau unserer Bevölkerung hineingefressen. Heute fehlen 11 Millionen junge Menschen unter 33 Jahren, gleichzeitig gibt es 11 Millionen Menschen zwischen 35 und 65 Jahren, die lebenslang kinderlos bleiben und seit dem Jahr 2000 zu einem raschen Anwachsen der Zahl kinderloser Rentner und alter kranker und pflegebedürftiger Menschen führen.

Durch den **Kindermangel** fehlen nun im Bereich der jungen Erwerbstätigen bereits in den 10 Jahrgängen der 23- bis 33-Jährigen jeweils 350.000 Menschen, also insgesamt 3,5 Millionen junge Erwerbstätige, die in die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme einzahlen und selbst kaum Leistungen beanspruchen. Gleichzeitig steigt die Zahl der alten Menschen an, wodurch die Ausgabenseite nach oben getrieben wird.

Noch gravierender ist jedoch, dass auch unsere hohe **Arbeitslosigkeit demographisch bedingt** ist. Die Betreuung, Ausbildung und Versorgung der fehlenden 8 Millionen Kinder und Jugendlichen mit Wohnraum, Nahrung, Kleidung, Betreuung, Ausbildung und allen anderen benötigten Gütern würde viel Arbeit schaffen, die heute nicht mehr anfällt. Wenn man sich die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit 1970 ansieht, so erkennt man, dass, abgesehen von den Schwankungen durch Konjunkturzyklen, die Zahl der Arbeitslosen jährlich um 150.000 zugenommen hat. Die vordergründige Vorstellung, unsere Arbeitslosigkeit würde durch kleinere nachwachsende Jahrgänge von selbst abgebaut werden, ist falsch – das Gegenteil ist richtig, unser **Kindermangel ist die Ursache der Arbeitslosigkeit**. Unsere Kinder würden als Erwachsene nicht mehr von Arbeitslosigkeit bedroht sein, wenn es uns gelänge, zu einer bestandserhaltenden Geburtenrate zurückzukehren.

Die demographisch verursachte Arbeitslosigkeit und das Fehlen der jungen Erwachsenen sind die Ursachen unserer Wirtschaftszession und der finanziellen Überforderung der sozialen Sicherungssysteme. Dabei befinden wir uns erst am Beginn unserer demographisch bedingten Probleme. In den nächsten 30 Jahren wird sich die Erwerbsbevölkerung im Durchschnitt jährlich um 1,5% verringern, die Zahl der alten Menschen wird gleichzeitig jährlich um 1% ansteigen. Demzufolge steigt die **Belastung für uns und unsere Kinder** 30 Jahre lang durchschnittlich jährlich um dramatische 2,5%. Der Altenquotient steigt bis 2035 von 0,4 auf 1 Rentner pro Erwerbstätigen, was die Wirtschaftskraft unserer Kinder überfordern wird. Dabei muss man bedenken, es geht hierbei nicht allein um die Rentenzahlungen, sondern auch um die hohen Krankheits- und Pflegekosten alter Menschen, die durch die zunehmende Lebenserwartung von etwa 6 Jahren noch zusätzlich anwachsen werden. Auch die gesetzliche Krankenversicherung ist zu etwa 70% umlagefinanziert, auch dort subventionieren die jungen Beitragszahler die hohen Kosten ihrer alten Eltern.



Prof. Dr. Hermann Adrian
5 Kinder
Prof. für Exp. Festkörperphysik an der Universität Mainz, seit März 2000 Untersuchungen und Arbeiten zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Ein Elternpaar mit zwei Kindern leistet im Laufe seines Lebens ca. 96.000 Stunden Erwerbsarbeit und 76.000 Stunden Erziehungsarbeit. Sind beide Eltern voll erwerbstätig und werden die Kinder tagsüber fremd betreut, so leisten die Eltern 128.000 Stunden Erwerbsarbeit, wie ein kinderloses Paar, und dazu noch 40.000 Stunden Erziehungsarbeit. In beiden Fällen ist die Lebensleistung um ein Drittel größer als eines kinderlosen Doppelverdiener-Paares.



Zur Diskussion

Deshalb treten die demographisch bedingten Finanzierungsprobleme in allen Zweigen der Sozialversicherung gleichzeitig auf.

Wie die unten stehende Abbildung zeigt, wird die Zunahme des Altenquotienten vorwiegend durch kinderlose und kinderarme Rentner hervorgerufen, die sich die Kosten und Mühen für Kinder erspart haben und dadurch in ihrer Erwerbsphase im Vergleich zu Eltern in „Saus und Braus“ gelebt haben. Die lebenslang Kinderlosen beanspruchen dann in unserem heutigen Rentensystem von der Wirtschaftskraft unserer Kinder einen größeren Anteil, als die Eltern der Kinder selbst erhalten, da die Kinderlosen wegen ihres höheren Erwerbseinkommens eine höhere Rente erhalten. Das Problem unserer umlagefinanzierten Sozialsysteme besteht im Grundsatz darin, dass Kinderlose und Kinderarme so behandelt werden, als hätten sie 2 Kinder aufgezogen, obwohl sie die Kosten und die Arbeit für 2 Kinder nicht geleistet haben. Dies ist nicht nur grob ungerecht, sondern beeinträchtigt ganz entscheidend den zukünftigen Wohlstand unserer Kinder und Enkel.

Analysiert man die Verteilungswirkung unserer sozialen Sicherungssysteme, so stellt man fest, dass sie eine riesige finanzielle Prämierung für Kinderlosigkeit darstellen. Ein Elternpaar mit 2 Kindern verzichtet heute im Verlauf seines Erwerbslebens auf durchschnittlich 20 Jahresgehälter, leistet insgesamt jedoch deutlich mehr volkswirtschaftlich relevante Arbeit als ein kinderloses Doppelverdiener-Ehepaar. Kinder zu erziehen, ist eine große Verantwortung und kostet viel Zeit, Arbeit, Kraft, Nerven und Geld – bestritten wird dies nur von denen, die nie ein Kind aufgezogen haben.

Wer keine Kinder aufgezogen hat, hat im Vergleich zu Eltern in seinem Leben wenig gearbeitet, selbst wenn er 40 Jahre erwerbstätig war.

Gleichzeitig hat das Elternpaar natürlich für seine Kinder viele zusätzliche Ausgaben, so dass das Netto-Pro-Kopf-Einkommen der Eltern im Verlauf des gesamten Erwerbslebens mindestens 300.000 Euro niedriger ist als das des kinderlosen Ehepaares. In der Altersphase haben die Kinderlosen heute nochmals einen Einkommensvorteil von 100.000 Euro, da sie mehr Rente erhalten als Eltern. Insgesamt wird also lebenslange Kinderlosigkeit im Vergleich zur Erziehung von 2 Kindern mit ca 400.000 Euro pro Person prämiert. Kinderlose konsumieren heute im Verlauf ihres gesamten Lebens mehr als sie selbst insgesamt erwirtschaftet haben, weil sie durch unsere sozialen Sicherungssysteme beschenkt werden. Diese grobe Ungerechtigkeit muss beendet werden.

Die jungen Erwachsenen verhalten sich nur marktwirtschaftlich vernünftig, wenn sie das Kinderkriegen verweigern. Um diese Situation zu ändern, müssen die Rahmenbedingungen fundamental verändert werden:

- 1** Kinderlose müssen ihr Alterseinkommen und ihre hohen Krankheits- und Pflegekosten selbst tragen und dürfen nicht Kindern anderer zu Last fallen. Dies senkt die Sozialbeiträge für Familien.
- 2** Kinder müssen steuerlich in Form eines Familiensteuersplittings berücksichtigt werden, nicht nur durch die Steuerbefreiung eines viel zu klein angesetzten Existenzminimums (= Kindergeld).
- 3** Eltern müssen für die Betreuung ihrer Kleinkinder in den ersten 3 Lebensjahren ein Betreuungs- und Erziehungsgehalt bekommen. Wer mehr leistet, muss mehr Einkommen erhalten.
- 4** Erwerbstätigen Eltern muss alternativ eine kostenlose Ganztagsbetreuung ihrer Kinder vom 2. bis 16. Lebensjahr angeboten werden. Auch erwerbstätige Eltern leisten noch viel zusätzliche Arbeit.

Der Rückgang der Geburtenrate um 1970 hatte zunächst zu keinen wirtschaftlichen Nachteilen geführt, im Gegenteil: Wenn ein Land, so wie Deutschland um 1970, ausgehend von einer bestandserhaltenden Geburtenrate plötzlich ein Drittel weniger Geburten hat, dann wächst der Wohlstand zunächst sogar schneller. Das Land spart die Kosten für die nicht geborenen Kinder und ein größerer Teil der jungen Erwachsenen kann erwerbstätig sein. Erst nach 25 Jahren, in unserem Fall war dies 1995, kommt es zu massiven wirtschaftlichen Problemen, wenn der Geburtenrückgang zum Rückgang der jungen Erwerbstätigen wird.

Hält unser Kindermangel weiter an, so werden wir unausweichlich unseren Wohlstand verlieren: Die Wirtschaftsleistung eines Landes wird bestimmt durch 3 Faktoren: Arbeit, Wissen und Kapital. Wir verlieren durch unseren Kindermangel nun jährlich 350.000 junge Erwerbstätige, d.h. der Faktor Arbeit nimmt ab. Gleichzeitig fallen wir im Wissenszuwachs zurück, weil neues kreatives Wissen in den Köpfen der jungen Leute entsteht. Schließlich verlieren wir an Kapital, weil die wohlhabenden Leute schon lange spüren, dass in unserem Land aufgrund seines Kindermangels keine hohen Renditen mehr zu erzielen sind. Wir verlieren deshalb in

allen drei Faktoren. Nur durch eine Erhöhung der Geburtenrate können wir den bereits begonnen Wohlstandsverlust aufhalten, der ansonsten die Generationen unserer Kinder und Enkel voll treffen wird.

Kinderlose klagen, die „**Bestrafung der Kinderlosen**“ in der Rentenversicherung spalte die Gesellschaft. Dies ist falsch: Kinderlose werden nicht bestraft – man muss sich bewusst werden, dass im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung jeder Mensch alles, was er im Laufe seines gesamten Lebens an Gütern konsumiert oder an Dienstleistungen in Anspruch nimmt, von der Geburt bis zur Beerdigung, selbst erwirtschaften muss.



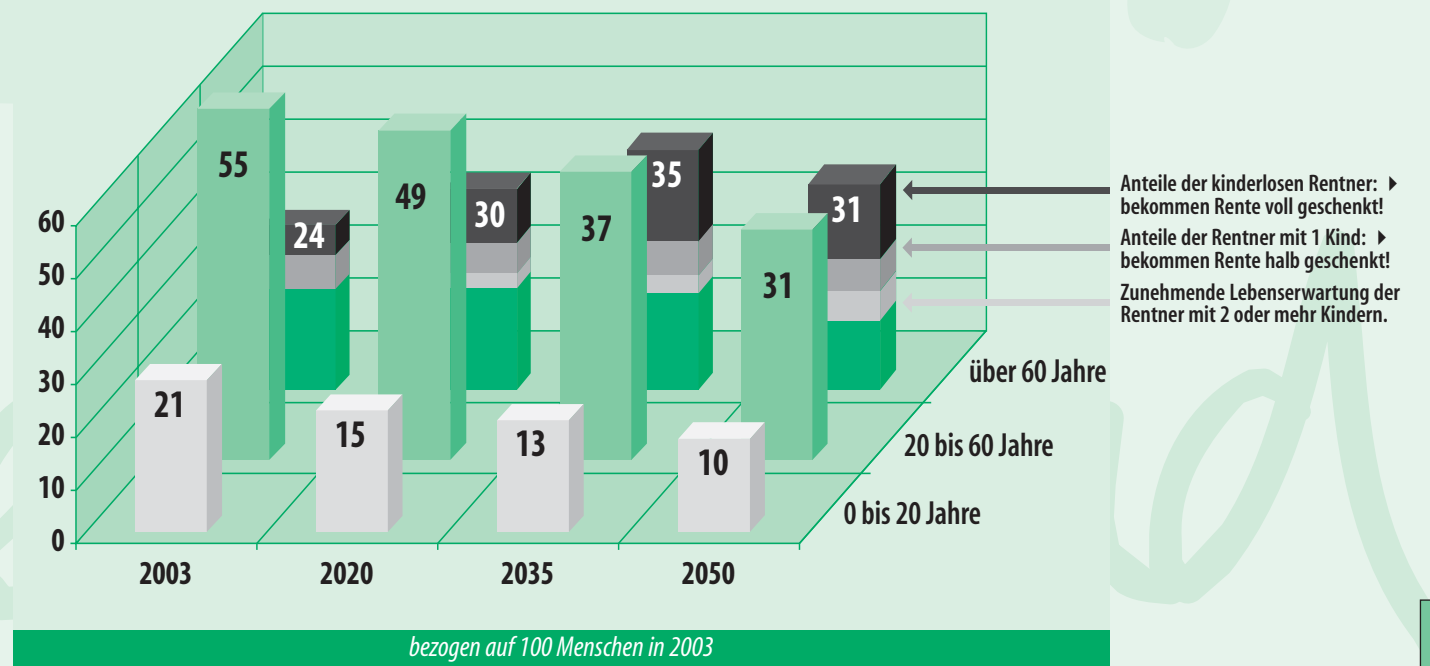
Damit ist völlig klar, dass die Beiträge zur Renten-, Pflege- und anteilig auch zur Krankenversicherung nur die Rückzahlung der Schulden bei den Eltern sind, die man als Kind bei ihnen gemacht hat. Ein Anrecht auf eigene Rentenbezüge, d. h. ein Guthaben bei der nächsten Generation, hat man erst dann, wenn man selbst wiederum Kinder aufgezogen hat.

Hat man dies nicht getan, dann muss man eben zusätzlich zu den Beiträgen für die Eltern einen zweiten Beitrag leisten für die eigene Rente, d. h. Sozialbeiträge und Rentenbezüge müssen nach der Kinderzahl gestaffelt werden, wie es jetzt ansatzweise vom Bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber gefordert wird. Eltern sollten den Äußerungen von kinderlosen Wissenschaftlern, Verbandsfunktionären und Politikern sehr misstrauisch begegnen, da die Zukunftsvorsorge Kinderloser nur bis zum erwarteten eigenen Lebensende reicht, nur Kinderhabende sorgen sich ernsthaft um zukünftige Generationen.



Anteile der jungen, mittleren und alten Bevölkerung

- Zunahme der Lebenserwartung um 0,2 Jahre pro Jahr, d.h. um 6 Jahre bis 2035 bzw. fast 10 Jahre bis 2050.
- $\frac{2}{3}$ der Zunahme des Altenquotienten werden durch kinderarme und kinderlose Rentner verursacht, $\frac{1}{3}$ durch Zunahme der Lebenserwartung der Rentner mit 2 oder mehr Kindern!





Neueste Allensbach-Studie und mehr

Einwurf!

Die Forschungsergebnisse haben Ähnlichkeiten mit den wichtigen Gründen aus der Allensbach-Studie, die für bzw. gegen Kinder sprechen. Allerdings wird die Allensbach-Studie, insbesondere von der Landesregierung, anders gedeutet mit dem Tenor, Geld sei für Eltern letztlich viel wichtiger als Kinderbetreuung. Im Gegensatz dazu wird in der Studie der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle klar herausgearbeitet, dass es ein Sowohl-als-auch gibt, was im übrigen exakt der Meinung des Familienbundes entspricht: Familien brauchen sowohl mehr Geld als auch mehr Betreuungsplätze. Es muss sowohl die Beziehung stimmen, als auch die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit für beide Partner möglich sein...

Die Landesregierung hätte besser das Geld der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle, etwa für eine Zusatzbefragung, geben sollen, als dass sie ständig an ihrer Existenznotwendigkeit herummäkelt.

Oder kommt „Hofberichterstattung“ besser als seriöse Forschung?

Kollision mit beruflichen Zielen

Die Erwartung materieller Einschränkung hängt in erster Linie mit dem (partiellen) Verlust eines Einkommens zusammen:

	Väter	Mütter
berufstätig	88 %	43 %
stundenweise berufstätig	1 %	23 %
nicht berufstätig	11 %	34 %
	100 %	100 %

- Die deutsche Bevölkerung favorisiert nach wie vor einen (partiellen) Ausstieg von Müttern kleiner Kinder aus dem Beruf.
- Durch diese in der Mehrzahl der Familie praktizierte Aufgabenteilung zieht die Mehrheit die Bilanz, dass sich in ihrer Familie Beruf und Familie gut vereinbaren lassen.
- Die im internationalen Vergleich unbefriedigende Betreuungsinfrastruktur ist auch Ergebnis gesellschaftlicher Leitideen und Rollenvorstellung.

Kinderbetreuung oder Geld? Was wollen potentielle Eltern?

Die Anfang Oktober d. J. durch das Institut für Demoskopie in Allensbach vorgelegte Studie „Einflussfaktoren auf die Geburtenrate – Ergebnisse einer Repräsentativbefragung zu Kinderwünschen und den Gründen für eine Entscheidung gegen (weitere) Kinder“ wurde damals in der Presse betitelt mit: „Kinder sind den Deutschen zu teuer“, oder „Deutsche wollen keine Kinder“, oder „Die Angst vor dem Kinderkriegen“... Für den Auftraggeber, das baden-württembergische Staatsministerium, jedenfalls ist die Sache sehr klar und das Ergebnis auch sehr eindeutig. Ministerpräsident Erwin Teufel sagte: „Die Diskussion darf nicht auf die Betreuungsfrage verengt werden, vielmehr müssen Familien wirtschaftlich deutlich besser gestellt und von den Sozialabgaben entlastet werden“.

Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Frage: „Was erleichtert Ihrer Meinung nach die Vereinbarkeit von Familie und Beruf am meisten?“

	insgesamt 18- bis 44jährige in Prozent	Frauen 18- bis 44jährige in Prozent	Berufstätige Mütter
Wenn es in der Stadt, Gemeinde ausreichend Kindergartenplätze und Kinderhorte gibt.	82	84	84
Wenn Betriebe flexible Arbeitszeiten und Arbeitskonten anbieten.	72	75	76
Wenn Betriebe Kinderbetreuungs-möglichkeiten anbieten.	62	67	67
Wenn ein Partner beruflich zurücksteckt, solange die Kinder klein sind.	59	56	57
Wenn Familien mit Kindern vom Staat finanziell stärker unterstützt werden.	59	60	57
Wenn Kindergärten und Schulen verstärkt Ganztagsbetreuung anbieten.	59	61	64
Wenn Betriebe mehr Teilzeitarbeitsplätze anbieten.	58	63	63
Wenn sich Kindergärten und Schulen in ihren Betreuungszeiten stärker nach den Arbeitszeiten der Eltern richten.	56	59	58
Wenn der Staat dafür sorgt, dass es leichter wird, nach der Familienphase wieder in den Beruf einzusteigen.	53	54	55

Quelle: Allensbacher Archiv

Wie schön, dass er, offenbar unterstützt durch diese Meinungsumfrage, der Bundesregierung mal wieder die Leviten lesen kann. Allerdings misst die Landesregierung hier offenbar mit zweierlei Maß: Die Bundesregierung soll mehr für Familien tun, d. h. mehr Geld ausgeben, während das im Land Baden-Württemberg offenbar nicht notwendig ist. Zurzeit wird überlegt, wie man am besten die Lernmittel-freiheit zu Lasten von Familien abschaffen kann und es wird nach wie vor diskutiert, das Landeserziehungsgeld ebenfalls abzuschaffen und mit den Mitteln (mit Teilen der Mittel?) Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen.

Auch ist es ausgesprochen verwunderlich, dass die Landesregierung für viel Geld eine Meinungsumfrage beim Institut für Demoskopie in Allensbach in Auftrag gegeben hatte, während wenige Monate vorher, sozusagen im eigenen Haus, die Familienwissenschaftliche Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes

Kinderwünsche von Eltern und Kinderlosen

Die niedrige deutsche Geburtenrate geht vor allem auf den hohen Anteil Kinderloser zurück, nicht auf eine ungewöhnlich niedrige Kinderzahl in Familien mit Kindern.

Gut 30 Prozent der Frauen bleiben kinderlos, von Frauen mit Hochschulabschluss 42 Prozent.

In Frankreich, das eine deutlich höhere Geburtenrate aufweist, bleiben 9 Prozent der Frauen kinderlos.

Presseerklärung vom 4.10.04 mit Anlagen: <http://www.baden-wuerttemberg.de/land/service/presse/>

eine Forschungsarbeit mit dem Titel „Wollen die Deutschen keine Kinder? Sechs Gründe für die anhaltend niedrigen Geburtenraten“ vorgelegt hat. Im Vergleich mit der Situation in anderen europäischen Ländern zeigen Erich Stutzer und Heike Lipinski von der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle auf, dass andere Bedingungen zu höheren Geburtenraten führen können.

Zwei deutsche Besonderheiten fallen besonders auf:

- die Polarisierung in der Entscheidung für oder gegen Kinder (wenn Kinder, dann gleich zwei), in keinem anderen europäischen Land gibt es so viele Kinderlose wie in Deutschland
- der niedrige Anteil von kinderreichen Familien mit drei und mehr Kindern.

Als Ursachen für die Entwicklung werden sechs Gründe genannt, wobei vorrangig festzustellen ist, dass die Entscheidung für Kinder Stabilität und Sicherheit voraussetzt.

1. Plurale Gesellschaft und Wertewandel

Viele Lebensformen sehen nicht mehr zwangsläufig Kinder vor. Hierzu kommt eine Pluralisierung der Werte. Freiheit, Selbstverwirklichung, Erlebnisorientierung werden hoch gehandelt und sind mit Kindern nur noch eingeschränkt umzusetzen. Die Wahl für die eine oder andere Option wird durch die Möglichkeiten der Familienplanung erleichtert.

2. Partnerschaft und Ehe als Option

Die Brüchigkeit von Partnerschaften wirkt sich auf die Geburtenrate aus.

3. Hohe Wertschätzung von Kindern

Paare entscheiden sich oft lieber gegen ein Kind, bevor sie es ihm „zumuten“, in weniger idealen Verhältnissen aufzuwachsen.

4. Schwierige Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit

Vor der Familiengründung steht die berufliche Etablierung, so dass die Geburt des ersten Kindes in ein höheres Lebensalter verschoben wird. Angesichts von Arbeitslosigkeit und Instabilität wird auf ein zweites oder drittes Kind verzichtet, um den Berufseinstieg nach dem ersten Kind überhaupt wieder realisieren zu können.

Dass ein Partner qualifiziert teilzeiterwerbstätig ist, der andere Vollzeit oder dass sogar beide Elternteile in Teilzeit arbeiten, ist in Deutschland zumeist nicht umsetzbar. Hinzu kommt ein typisch deutsches Phänomen, wonach die Berufstätigkeit von Frauen akzeptiert wird,

solange keine kleinen Kinder unter drei Jahren im Haushalt leben. In anderen europäischen Ländern wird die Berufstätigkeit von Müttern selbstverständlich akzeptiert. Es gibt eine bessere Möglichkeit der Kinderbetreuung und flexible Arbeitszeitmodelle. In diesen Ländern (z. B. Frankreich, Schweden und Österreich) gibt es eine höhere Geburtenrate.

5. Zukunftsoptimismus gegen Zukunftspessimismus

Unsicherheiten, Arbeitslosigkeit, Unklarheiten, hohe Verschuldung und wirtschaftlicher Abschwung erschweren die Realisierung eines Kinderwunsches.

6. Ökonomische Situation von Familien

Familien stehen gegenüber dem, was sich Singles oder Doppelverdiener ohne Kind leisten können, eindeutig im Abseits. Kinderreiche Familien müssen in Deutschland mit eher niedrigen Transferleistungen auskommen, während Länder mit einer höheren Geburtenrate oft deutlich großzügiger zugunsten der Familien mit Kindern umverteilen. G. Z.

Gründe, die aus der Sicht von Kinderlosen gegen Kinder sprechen

Frage: „Egal, ob man sich Kinder wünscht oder nicht, kann es ja verschiedene Gründe geben, die gegen ein Kind sprechen. Was spricht in Ihrer derzeitigen Situation gegen ein Kind?“ (Bundesrepublik Deutschland; 18- bis 44jährige Kinderlose in Prozent)

Ein Kind wäre eine große finanzielle Belastung.	47
Ich fühle mich noch zu jung dafür.	47
Meine beruflichen Pläne vertragen sich nur schwer mit einem Kind.	37
Ich habe bisher noch nicht den/die passende(n) Partner(in) gefunden.	28
Ich habe viele Interessen, die sich nur schwer mit einem Kind vereinbaren lassen.	27
Kinder sind anstrengend, ich weiß nicht, ob ich die Kraft und Nerven dazu hätte.	27
Ich weiß nicht, ob wir zusammenbleiben, ob unsere Beziehung stabil ist.	17
Ich/mein(e) Partner(in) hätte berufliche Nachteile, wenn wir ein Kind bekämen.	16
Unsere jetzige Wohnung ist zu klein für ein Kind.	15
In der heutigen Welt gibt es zu viele Probleme wie Umweltverschmutzung, Kriege usw.	15
Die beruflichen Pläne meines Partners/meiner Partnerin vertragen sich nicht mit einem Kind.	14
Es wäre schwer, die Betreuung des Kindes sicherzustellen.	14
Ich hätte Angst, dass das Kind krank oder behindert zur Welt käme.	13

Quelle: Allensbacher Archiv



Tag der Generationen in Kehl – ein Fest für die Sinne

Am 25. Juli trafen sich in Kehl Familien und alle, die sich eingeladen fühlten, ab 9.30 Uhr zum Eröffnungsgottesdienst des Tages der Generationen. In ansprechender Weise verstand es Weihbischof Reiner Klug, die zahlreichen Teilnehmer auf den vor ihnen liegenden Tag einzustimmen. Die vielfältigen Angebote hatten für alle Sinne etwas zu bieten:

Gemeinsames Singen mit der Band ‚Andiamo‘,

Körperpercussion für alle, die bereit waren, sich selbst als Instrument zu benutzen, den

Zauberer Alexander und das abschließende **Kindermusical ‚Noah‘**.

Parallel zum Mittagessen gab es coole Jazzmusik und umrahmt wurde das Angebot für die Sinne von dem breiten Angebot der Landesgartenschau, die unter dem Motto

Gruppen der Bevölkerung, und zwar zwischen Kinderlosen und Eltern!“. Es gelang, diese widerständigen Äußerungen vertiefend zu diskutieren. Dies war auch ein Verdienst der zweiten Diskussionsteilnehmerin Marianne Wonnay, welche seit vielen Jahren familienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion ist. Plausibel stellte sie die Möglichkeiten und Begrenzungen politischen Handelns dar. Es wurde deutlich, dass politisches Tagesgeschäft harte Arbeit sowie viele Rückschläge und Enttäuschungen bedeutet, besonders, wenn einem die Anliegen der Familien am Herzen liegen.

Ein weiterer Programmpunkt ist noch besonders hervorzuheben. Der Familienbund der Erzdiözese Freiburg feiert dieses Jahr sein 50jähriges Bestehen. Anlässlich dieses Jubiläums fand am Tag der Generationen eine Präsentation mit Zitaten und Bildern aus 50 Jahren statt, in welcher Schwerpunkte der aktuellen Arbeit und erfolgreiche Aktionen der Vergangenheit dargestellt wurden. Und der Leitslogan des Familienbundes: „50 Jahre: kein Grund sich auszuruhen – wir tun was!“ gilt nicht nur für den Verband selbst, sondern auch für den Tag der Generationen insgesamt: Ein gelungenes Angebot, trotzdem bleibt für das zukünftige Miteinander der Generationen noch viel zu tun.

Ulrich Kirchgäßner

Rendezvous am Rhein – Festival des Deux Rives

„Rendezvous am Rhein – Festival des Deux Rives“ von den Städten Kehl und Straßburg gemeinsam organisiert wurde.

Inhaltlicher Höhepunkt war eine Podiumsdiskussion mit dem Physikprofessor Dr. Adrian¹, der mit hohem Engagement Anliegen und Interessen der Familien einforderte und vertrat. Er beschränkte sich dabei nicht auf eine ‚Sprache des Kompromisses‘, sondern benannte Probleme und

Benachteiligungen direkt und herausfordernd. Seine zentrale These: „Es gibt keinen Generationenkonflikt, welcher die Gesellschaft spaltet, sondern es geht schon jetzt ein Riss durch alle



¹ siehe auch Beitrag auf den Seiten 3 bis 5



Mehr für Zahn und Pflege

Vor einigen Wochen hat der Bundestag entschieden, dass die Versicherten künftig mehr Krankenkassenbeiträge zahlen müssen. Zudem steigt für Kinderlose der Beitrag zur Pflegeversicherung.

a) In der gesetzlichen Pflegeversicherung müssen Kinderlose ab 1. Januar 2005 0,25 Prozentpunkte mehr als bisher bezahlen. Ihr Beitrag steigt also auf 1,1 % vom Gehalt. Der Arbeitgeberanteil bleibt bei 0,85 %.

Wer eigene, Adoptiv-, Stief- oder Pflegekinder großgezogen hat und dies der Krankenkasse meldet, zahlt nichts.

Das Gesetz schreibt nicht eine konkrete Form des Nachweises vor. Es sollen alle Urkunden berücksichtigt werden können, die geeignet sind, zuverlässig die Elterneigenschaft des Mitglieds zu belegen, z. B. Geburtsurkunde, Abstammungsurkunde, beglaubigte Abschrift aus dem Geburtenbuch des Standesamtes, Auszug aus dem Familienbuch, steuerliche Lebensbescheinigung des Einwohnermeldeamtes, usw.

Die Spitzenverbände der Pflegekassen beschließen als Orientierungshilfe für die Praxis gemeinsam Empfehlungen darüber, welche Nachweise geeignet sind.

Befreit sind auch die, die Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II erhalten. Für die Arbeitslosengeld-I-Bezieher überweist die Bundesagentur für Arbeit 20 Millionen €, die sie sich aber von den Versicherten zurückholen darf.

b) Vom 1. Juli 2005 an müssen die gesetzlich Krankenversicherten den Zahnersatz und einen Teil des Krankengeldes allein ohne Beitrag des Arbeitgebers bezahlen.

Dafür sollen sie einen Beitrag von 0,9 Prozentpunkten zusätzlich entrichten. Gleichzeitig sollen die Kassen gezwungen werden, den Beitrag um 0,9 Prozentpunkte zu senken, was aber nicht sicher ist. Das würde dazu führen, dass die Versicherten 0,45 Prozentpunkte – der hälftige Anteil der Arbeitgeber an dem Aufschlag – mehr zahlen müssen.

c) Mit der Entlastung der Unternehmen sollen die Lohnnebenkosten gesenkt und damit Arbeitsplätze geschaffen werden.



Nach einer Faustformel könnten dadurch 45.000 Jobs entstehen. Diese eher theoretisch hoch gerechnete Wirkung ist bisher durch Lohnnebenkostenentlastungen allerdings noch nie eingetreten.

Auf den 2003 beschlossenen gehaltsunabhängigen Pauschalbeitrag für den Zahnersatz wird verzichtet – weil er nach Regierungmeinung zu bürokratisch ist. Der ursprünglich für Januar 2006 geplante Sonderbeitrag der Versicherten von 0,5 Prozentpunkten wurde mit der neuen Zahnersatzlösung kombiniert.

d) Von der jetzt beschlossenen Lösung profitieren vor allem Geringverdiener.

Allein die Zahnersatzpauschale – ohne den Sonderbeitrag für einen Teil des Krankengeldes – hätte 6,00 € bis 8,00 € im Monat betragen. Wer 1.000 € verdient, zahlt jetzt nur 4,50 € mehr. Versicherte mit hohem Einkommen müssen künftig mehr bezahlen, maximal 15,69 € zusätzlich.

e) Zahnersatz darf nun doch nicht privat abgesichert werden, wie ursprünglich geplant.

Zehntausende, die schon eine Versicherung abgeschlossen haben, bekommen ein Sonderkündigungsrecht.



Der Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 3. April 2001 die beitragsrechtlichen Vorschriften des SGB XI für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt, sobald Mitglieder der sozialen Pflegeversicherung mit Kindern mit einem gleich hohen Pflegeversicherungsbeitrag belastet werden wie Mitglieder ohne Kinder mit gleichem Einkommen. Die im Umlageverfahren finanzierte soziale Pflegeversicherung ist für ihre zukünftige Finanzierung auf die nachwachsende Generation angewiesen. Wer als Mitglied der sozialen Pflegeversicherung Beiträge entrichtet und Kinder erzogen hat oder erzieht, leistet neben dem Geldbeitrag den zum Systemerhalt wichtigen Erziehungsbeitrag, im Ergebnis also einen doppelten Beitrag zur Pflegeversicherung. Von diesen im System erhaltenen Beitrag der Kindererziehung profitieren auch die Kinderlosen, die ihrerseits nur einen Geldbeitrag erbringen. Dies darf bei der Beitragsbemessung nicht unberücksichtigt bleiben.

Mit seiner Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 31.12.2004 gesetzliche Regelungen zu schaffen, die die Kindererziehungsleistung in der sozialen Pflegeversicherung beitragsmäßig berücksichtigen.

Die Umsetzung des BVG-Auftrages

Die Umsetzung dieses Bundesverfassungsauftrages durch die Bundesregierung ist für Familien sehr ärgerlich und es erscheint durchaus zweifelhaft, ob sie einer erneuten verfassungsrechtlichen Überprüfung standhält.

Die geforderte Entlastung geschieht nur relativ dadurch, dass die Kinderlosen belastet werden. In der Spitze entsteht dadurch eine „maximale Beitragsentlastung“ für Eltern pro erwerbstätiger Person von knapp 9,00 € monatlich. Oder andersherum formuliert: Der Geldbeitrag der Versicherten, die gleichzeitig auch Kindererziehung als „doppelten Beitrag“ ins System einbringen, liegt damit immer noch bei gut drei Viertel des allgemeinen Beitragsniveaus.

Weiter für Eltern sehr ärgerlich ist, dass die Bundesregierung hier eine Minimallösung im Bereich der Pflegeversicherung neu geregelt hat, den gleichzeitigen Auftrag des Verfassungsgerichtes zur Prüfung einer Beitragsentlastungsregelung auch in den anderen Sozialversicherungssystemen – hier ist natürlich besonders die Rentenversicherung durch ihren hohen Beitragssatz interessant – hat sie nicht geprüft und hält eine solche Prüfung derzeit auch nicht für notwendig.

Die Neuregelung führt dazu, dass z. B. ein Spitzenverdienerehepaar, beide erwerbstätig mit einem Kind, sich eine Erhöhung des Pflegebeitrages von insgesamt rund 18 € im Monat spart, während Eltern mit niedrigerem Einkommen – wie im Falle des Klägers zum Pflegeversicherungsurteil mit 10 Kindern (und naturgemäß nur einem Erwerbstätigen) eine Entlastung von 0,50 € monatlich erfahren.

Die Neuregelung der Bundesregierung sieht nämlich keine Staffelung der Beiträge nach Anzahl der Kinder vor. G. Z.

Rund 97 600 Lebendgeborene im Jahr 2003 – Niedrigster Stand seit 1985

Geburtenrückgang zum größeren Teil durch schwächer besetzte Frauenjahrgänge bedingt – Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt eines ersten Kindes bei 29,5 Jahren.

Die Zahl der Lebendgeborenen in Baden-Württemberg ist im Jahr 2003 mit 97.596 Kindern auf den niedrigsten Stand seit 1985 gesunken. Seinerzeit kamen rund 94.400 Kinder zur Welt, im Jahre 1990 waren es knapp 118.600. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes hat sich seit Beginn der 90er-Jahre bis Ende vergangenen Jahres die Geborenenzahl somit

Altersstruktureffekt um knapp 18 % verringert. Dieser Geburtenrückgang beruhte insgesamt gesehen zum etwas größeren Teil (rund 53 %) darauf, dass die Zahl der Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts rückläufig ist. Im Übrigen (zu etwa 47 Prozent) resultierte der Rückgang der Geborenenzahlen aus der Zurückhaltung der Paare, Kinderwünsche zu realisieren.

Knapp 79.900 der im vergangenen Jahr Lebendgeborenen waren Kinder verheirateter Mütter. Verglichen mit 1990 (fast 108.300 ehelich Geborene) bedeutete dies einen Rückgang

Verhaltenseffekt um rund ein Viertel. In einer gegenläufigen Entwicklung hat sich gleichzeitig die Zahl der von nicht verheirateten Müttern geborenen Kinder um gut 70 % erhöht – von damals 10.300 auf etwa 17.700 im Jahr 2003. Damit liegt der Anteil der nicht ehelich Geborenen an allen Lebendgeborenen heute mit 18,2 % etwas mehr als doppelt so hoch wie 1990 (8,7 %).

Wie das Statistische Landesamt weiter feststellt, ergaben sich die im Vergleich zu 1990 rückläufigen Geborenenzahlen hauptsächlich daraus, dass insbesondere die unter 30-jährigen Frauen deutlich weniger Kinder zur Welt bringen. So ist die Geburtenhäufigkeit im »Hauptgebäralter«, das sich 1990 im Altersbereich zwischen 26 und 30 Jahren befand, bis 2003 um rund 20 bis 25 Prozent gesunken. Dieser Rückgang wird per saldo nicht dadurch ausgeglichen, dass besonders bei den 35-jährigen und älteren Frauen die Geburtenhäufigkeit im Vergleich zu früher angestiegen ist.

Zugleich hat sich das Durchschnittsalter, in dem Frauen ihre Kinder zur Welt bringen, in

den vergangenen Jahren ständig erhöht. Verheiratete Frauen, die 2003 ihr erstes Kind bekamen, waren im Durchschnitt 29,5 Jahre alt. Damit ist das Alter der verheirateten Frauen bei der Geburt eines ersten Kindes seit 1990 (27 Jahre) um zweieinhalb Jahre angestiegen. Auch der Zeitpunkt der Geburt von zweiten und dritten Kindern hat sich seit 1990 um jeweils etwas mehr als zwei Jahre nach hinten verschoben. Bei nichtverheirateten Frauen lag das Durchschnittsalter bei der Geburt ihrer Kinder 2003 bei 28,7 Jahren, 1990 betrug es 26,3 Jahre. Daraus ergibt sich, dass die Phase der Familiengründung altersmäßig heute deutlich später beginnt und ebenso die weitere Kinderzahlentwicklung sich in ein höheres Alter hinein erstreckt als früher.

Die durchschnittliche Kinderzahl, die 1.000 Frauen während der Altersphase von 15 bis unter 45 Jahren zur Welt bringen, ist in 2003 mit 1 363 Geborenen gegenüber dem Vorjahr (1.373 Geborene je 1.000 Frauen) nur leicht gesunken. Damit lag das Geburtenniveau im vergangenen Jahr zwar um etwa 8 % niedriger als 1990. Aber es befand sich immer noch innerhalb der Schwankungsbreite zwischen etwa 1.500 und 1.320 Geborenen je 1.000 Frauen, in der sich das Geburtenniveau im Lande seit rund 25 Jahren bewegt.

Es gibt gegenwärtig keine Anzeichen dafür, dass die Geburtenhäufigkeiten in den kommenden Jahren deutlich ansteigen würden, aber auch keine Signale für ein drastisches Abknicken nach unten.

Jede dritte Frau bleibt ohne Nachwuchs.

Geburtendefizit wird sich bis 2050 verachtfachen.

Zum Umgang mit Geld in der Familie

Am liebsten alles – und möglichst sofort

10.-12. Dezember 2004

Seminar des Familienbundes im Familienerholungsheim Insel Reichenau

nähere Informationen und Anmeldung auf unserer Homepage:

www.familienbund-freiburg.de



Durchschnittliches Alter verheirateter Frauen bei der Geburt eines ersten Kindes in Baden-Württemberg seit 1960

